

Medienmitteilung vom 25. November 2018

Überparteiliches Nein-Komitee begrüsst klaren Volksentscheid zur SBI

Volk und Stände haben die eidgenössische Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)» SBI deutlich abgelehnt. Das überparteiliche Nein-Komitee begrüsst diesen klaren Entscheid. Damit konnte verhindert werden, dass die Schweiz zu einem unzuverlässigen Partner auf dem internationalen Parkett wird und völkerrechtliche Prinzipien unterwandert werden.

151 Mitglieder des Bundesparlaments sind dem überparteilichen Nein-Komitee gegen die Selbstbestimmungsinitiative beigetreten. Das Co-Präsidium zeigt sich erleichtert über den Ausgang des Volksentscheids. «Die Aufklärungskampagne hat den Stimmenden die Augen geöffnet», sagt Ständerat Hans Stöckli im Namen des Nein-Komitees. «Es ist uns gelungen, die schädlichen Auswirkungen der Volksinitiative vor Augen zu führen.»

«Einmal mehr mussten wir über eine Initiative abstimmen, deren Auswirkungen von den Initianten verschleierte wurden», führt Nationalrat Beat Flach, glp Aargau aus. «Die Initianten haben während der Kampagne eine Kurskorrektur vorgenommen, die problematisch ist.» Volk und Stände haben sich aber von den Aussagen der Initianten nicht blenden lassen. Sie haben sich klar dafür ausgesprochen, dass zwischen der Verfassung und völkerrechtlichen Verträgen eine Balance gefunden werden muss. Namentlich bei der Frage der Menschenrechte und der demokratischen Grundprinzipien kann die Bundesverfassung nicht einseitig Vorrang haben.

Aufgrund eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs hat das Parlament das Gesetz zur Überwachung von Versicherten revidiert. In der Folge wurde das Referendum ergriffen, so dass es heute zur direktdemokratischen Abstimmung kam. Die SBI hätte völkerrechtliche Prinzipien unterwandert und die demokratischen Möglichkeiten eingeschränkt. Deshalb ist es wichtig, dass ein klares Verdikt gefällt worden ist, sind die Exponenten des überparteilichen Nein-Komitees überzeugt.

Auskunft

Hans Stöckli, Ständerat SP Bern: 079 770 83 58

Beat Flach, Nationalrat glp Aargau: 079 402 91 12

Überparteiliches Nein-Komitee gegen die Selbstbestimmungsinitiative
c/o Verein «BundespolitikerInnen für Demokratie und Rechtsstaat» / Association «Parlementaires fédérales et fédéraux pour la démocratie et l'Etat de droit»
Amthausgasse 18, 3011 Bern